

Informationen und Berichte**Treffen der ACK-Beauftragten der SELK**

Oberursel, 15.10.1999 - selk - Am 14. Oktober 1999 trafen sich die Vertreter der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) in den Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen (ACK) auf regionaler und Bundesebene sowie andere Beauftragte der SELK im Bereich der Ökumene unter Leitung von Bischof Dr. Diethardt Roth, Hannover, in Kassel. Das Treffen diente dem Erfahrungsaustausch und der Vernetzung der Arbeit. Roth und der Ökumenereferent der SELK, Professor Dr. Werner Klän, Oberursel, berichteten aus der Mitgliederversammlung der ACK auf Bundesebene und dem Deutschen Ökumenischen Studienausschuss (DÖSTA).

Gegenstand der Besprechung waren die „Orientierungshilfe über die Grundlagen der ökumenischen Zusammenarbeit in den Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene“ und der Entwurf eines „Gemeinsamen Wortes christlicher Kirchen zum Jahr 2000“. Es wurde mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen, dass der Vorstand des Bundes-ACK seinen ersten Entwurf trotz starker Einwände nicht zuletzt seitens der SELK nahezu unverändert gelassen habe. Bezüglich der „Orientierungshilfe“ wurde angemerkt, dass sie Tendenzen zu einer Verfestigung der ACK in Richtung auf quasi-kirchliche Strukturen enthalte, denen widersprochen werden müsse. Kritisch angemerkt wurde zudem, dass die ACK-Mitgliederversammlung oft mit „Alleingängen“ der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz der römisch-katholischen Kirche konfrontiert werde; hier bestehe gegenüber den „kleinen“ Kirchen noch Nachholbedarf an Partnerschaftlichkeit. Aus den regionalen ACK, namentlich der neuen Bundesländer, aber auch aus dem Arbeitsgebiet von „Brot für die Welt“ wurde hingegen von einem weithin angenehmen paritätischen Verhältnis aller Mitgliedskirchen berichtet. – Die Konsultationen der ACK-Beauftragten und anderer Vertreter der SELK im Bereich der Ökumene sollen einmal jährlich fortgesetzt werden.

k-n

www.rechtfertigung.de**Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung“ im Internet**

Bochum, 25.10.1999 - selk - Die Annahme der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre und das dreitägige Festprogramm vom 29.-31. Oktober in Augsburg ist nach ihrer Live-Übertragung im Internet als RealVideo-Aufzeichnung für vier Wochen jederzeit von einem Video-Server abrufbar. Dieses Angebot richtet sich nicht nur an Journalisten und Kommunikatoren, sondern ist auch für die Arbeit in Gemeindegruppen, Schulklassen, Seminaren etc. interessant. Der Zugriff auf die Audio-/Video-Übertragungen erfolgt über die schon bestehende Webpage: www.rechtfertigung.de (deutsch) beziehungsweise www.justification.org (englisch). Auf dieser Seite finden Internet-Nutzer auch den Text der offiziellen Dokumente, Informationen zum Programm, Hinweise für die Weiterarbeit etc.

bo

Ergotherapeutische Praxis eröffnet**Das Naëmi-Wilke-Stift erweitert sein ambulantes Versorgungskonzept**

Guben, 27.10.1999 - selk-dw - Mit dem 1. Oktober 1999 hat das Naëmi-Wilke-Stift in Guben, diakonische Einrichtung in der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), einen weiteren Arbeitszweig eröffnet. Mit zunächst zwei Fachmitarbeitern ist eine Ergotherapeutische Praxis eröffnet worden. Damit schließt die Stiftung eine Versorgungslücke in der Stadt Guben und der angrenzenden Region. In zwei neuen Praxisräumen und vor allem im ambulanten häuslichen Dienst versorgen die Mitarbeiterinnen Patienten, die nach verschiedenen Krankheitsbildern auf motorisch-funktionelle bzw. neuropsychische Therapie angewiesen sind. Zugleich befördert die Ergotherapie Aktivitäten des täglichen Lebens wie Selbsthilfetraining zum Waschen und Anziehen, Haushaltstraining und begleitet notwendige Wohnraumanpassungen.

Mit dieser Neueröffnung rundet sich das ambulante Versorgungskonzept der Stiftung ab. Neben einer Ambulanten Physiotherapie (seit 1995), einer häuslichen Krankenpflege (seit 1995) und einer Logopädischen Praxis (seit 1997) gibt es nun die Ergotherapie.

Sü

Qualitätssicherung in der Diakonie**proCum Cert GmbH stellt sich vor**

Guben, 27.10.1999 - selk - Soeben erschienen ist die Dokumentation einer ersten Fachtagung, auf der sich die Zertifizierungsgesellschaft proCum Cert GmbH vorgestellt hat. Die Gesellschaft geht zurück auf eine Initiative des Katholischen Krankenhausverbandes, des Diakonischen Werkes der EKD, des Deutschen Caritasverbandes und des Ecclesia-Versicherungsdienstes, Detmold. „Zunächst mit dem Schwerpunkt Krankenhaus wurden im Frühjahr 1999 sieben Workshops durchgeführt, in denen ca. 480 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 250 konfessionellen Krankenhäusern über den Arbeitsauftrag informiert und die Denkanstöße von proCom Cert weiterentwickelt wurden“, schreiben die beiden Präsidenten von Diakonie und Caritas im Vorwort der Broschüre. – Die Broschüre enthält die

Hauptreferate der Workshops sowie eine Selbstdarstellung der neu gegründeten Zertifizierungsgesellschaft.

Sü

BERICHTE AUS DER SELK

Um zu einem erneuerten Verhältnis zu den Juden zu kommen

„Zentralverein“ tagte in Oberursel

Oberursel, 26.10.1999 - selk - Der Evangelisch-lutherische Zentralverein für Zeugnis und Dienst unter Juden und Christen e.V. hielt seine diesjährige Jahrestagung im Raum der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK). Dadurch kam zu Ausdruck, dass der Arbeitskreis der SELK für Zeugnis unter den Juden e. V. Mitglied im Zentralverein ist und damit turnusmäßig in besonderer Weise in die Ausrichtung der Jahrestagung eingebunden wird.

Das Programm dieser 128. Jahrestagung vom 22. bis 24. Oktober 1999 in Oberursel wurde wesentlich von Dozenten der dort beheimateten Lutherischen Theologischen Hochschule der SELK mitgestaltet. Gerade die Nähe, in der Christen sich zu Juden befinden, "als wär's ein Stück von mir", birgt Probleme in sich, die in einzelnen Aspekten untersucht und diskutiert wurden. Professor Dr. Jorg Christian Salzmann zeigte in einer Bibelarbeit über Sprüche 8, 22-31, wie die Weisheit, die dabei war, als Gott die Welt schuf, von Juden dann später auf die Tora (das Gesetz) und von Christen auf Christus gedeutet wurde; die gemeinsame Grundlage könnte heute die Basis für ein Gespräch zwischen beiden bilden. Wenn das lutherische Bekenntnis Gottes Wort in Gesetz und Evangelium hört und dies auf die ganze Schrift Alten und Neuen Testaments bezieht, wie Dozent Dr. Albrecht Adam bewusst machte, ergeben sich daraus dennoch Schwierigkeiten im christlich-jüdischen Dialog, da diese Begrifflichkeit von kirchengeschichtlichen Fragestellungen her geprägt ist und vom jüdischen Verständnis etwa der Begriffe „Gesetz“ oder „Buße“ weit entfernt ist. Professor Dr. Werner Klän führte die Sicht des christlich-jüdischen Verhältnisses sowohl in theologischer als auch in gesellschaftspolitischer Sicht im Zeitalter der Konfessionalisierung am Beispiel eines Hauptvertreters des Luthertums, Johann Gerhard (1582-1637), vor. Indem dieser das biblische Israel und die christliche Kirche, die schon von Adam her datiert wird, ganz eng zusammenschaut, wird Israel und dem Judentum das eigene Profil als Gottes erwähltes Volk weitgehend genommen, und das wirkte sich dann bis in den politischen Umgang mit ihnen aus. Professor Dr. Volker Stolle machte mit den Liedern bekannt, die Friedrich Stolle (1840-1903) als Judenmissionar gedichtet hat; sie zeigen eine Liebe zu Israel, die von einem erwecklichen Christusglauben geprägt ist und darin zwar wichtige positive Impulse enthält, in ihrem Überschwang aber dem Gegenüber dennoch nicht gerecht zu werden vermochte und zugleich in einer rein geistlichen Engführung auch hinter dem theologischen Anspruch zurückblieb. Die angeregten Gespräche machten deutlich, dass noch viel Gesprächs- und Klärungsbedarf besteht, um zu einem erneuerten Verhältnis zu den Juden zu kommen.

In die laufende Arbeit des Zentralvereins gaben Berichte über das Institutum Judaicum Delitzschianum in Münster, das Eben-Ezer-Heim in Haifa und Aktionen christlich-jüdischer Bibellektüre exemplarisch Einblick. Der Bischof der SELK, Dr. Diethardt Roth, Hannover, begrüßte die Versammlung, die nach dem Sonntagsgottesdienst in der Oberurseler St. Johannesgemeinde der SELK durch einen Besuch des jüdischen Friedhofs in Oberursel ihren Abschluss fand.

(S-I)

Erfüllung des Haushalts als Herausforderung annehmen

SELK-Haushaltsplan 2000 verabschiedet

Hannover, 30.10.1999 - selk - Die Kirchenleitung und die Synodalkommission für Haushalts- und Finanzfragen (SynKoHaFi) der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) haben jetzt den gesamtkirchlichen Haushaltsplan für das Jahr 2000 veröffentlicht, nachdem dieser von Kirchenleitung und Kollegium der Superintendenten am 22. Oktober in Bleckmar (bei Celle) verabschiedet worden war.

In einem Anschreiben zum Haushaltsplan, das an die Pfarrämter, Kirchenvorstände und Gemeinden der SELK gerichtet ist, heißt es, die Gesamtausgaben lägen für 2000 mit insgesamt 15.509.100 DM um 187.000 DM höher als im laufenden Jahr, was einer Steigerung von 1,22% entspreche. Daran hätten die Personalaufwendungen mit 108.400 DM den größten Anteil. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich die tarifliche Gehaltserhöhung von 2,9% aus dem laufenden Jahr im nächsten Jahr erst voll auswirke, bewegten sich die Mehrausgaben nach Ansicht der Verantwortlichen in einem erträglichen Rahmen.

Weiter heißt es, die Anzahl der Planstellen für Pfarrer im aktiven Dienst bleibe mit 138 unverändert. Im Rahmen der Etat-Prognose sei von den Kirchenbezirken eine Umlageerhöhung in Höhe von 166.874 DM zugesagt worden, was eine Steigerung um 1,12% gegenüber dem laufenden Jahr bedeute. Dies sei ein „sehr erfreuliches Ergebnis“, bleibe aber um 107.000 DM unter der Soll-Prognose. Daher könne der am Bundesbesoldungsgesetz orientierte Auszahlungssatz für die Gehälter (z.Zt. 76% von A

13/A 14) leider nicht angehoben werden. Dagegen werde der Auszahlungssatz für das 13. Gehalt auf Grund einer zweckgebundenen Spende von 50% auf 60% angehoben.

Im Blick nach vorn stellt das von Vertretern der Kirchenleitung und der SynKoHaFi unterzeichnete Schreiben den neuen Haushaltsplan als „eine Herausforderung“ dar, die nur im solidarischen Miteinander, mit Treue und Kreativität gelöst werden könne. Dies sei nicht nur die „weltliche Medaille“ der irdisch verfassten Kirche, sondern das Erbitten und Zusammenbringen von Gaben zur Gewährleistung der geistlichen Versorgung von Gemeinden trage „ganz direkt *geistliche* Aspekte in sich“.

In Bezug auf das laufende Haushaltsjahr vermerkt das Anschreiben einen besonderen Dank an die Gemeinden und Kirchenbezirke, die sich durch Sonderaktionen besonders um die Sicherung und Anhebung der Pfarrgehälter mühen. Diese Bemühungen hätten dazu beigetragen, dass der Auszahlungssatz für das 13. Gehalt im laufenden Jahr von 50% auf 60% angehoben werden könne.

S-I

Pfarrdiakonat: Aufgaben und Chancen

Kirchenvorsteher- und Mitarbeitertag mit lebendigem Beispiel

Hannover, 27.10.1999 - selk - Etwa 30 interessierte Pfarrer und Gemeindeglieder aus den Kirchenbezirken Berlin-Brandenburg und Lausitz der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) ließen sich am 9. Oktober bei einem Treffen für Kirchenvorsteher und Mitarbeiter in Berlin-Steglitz einführen in die Tätigkeit eines Pfarrdiakons. Als lebendiges Beispiel stellte Detlef Löhde aus der St. Petri-Gemeinde Hannover sich selbst sowie Aufgaben, Ausbildung und Probleme eines Pfarrdiakons den Anwesenden vor.

Löhde, der im Hauptberuf Zollamtsrat bei der Oberfinanzdirektion Hannover ist, berichtete aus seiner ehrenamtlichen Tätigkeit: Er halte in der Regel zwei bis drei Gottesdienste im Monat einschließlich selbst erarbeiteter Predigt – damit werde der sonntägliche Gottesdienst in der Gemeinde Alfeld ermöglicht –, er leite einen Bibelgesprächskreis, arbeite im Kirchenvorstand mit und schreibe Artikel für den Gemeindebrief wie für die Rundfunkmission „Lutherische Stunde“; gelegentlich verfasse er auch Aufsätze oder halte Vorträge. Die Tätigkeit könne aber auch andere Schwerpunkte aufweisen, etwa die Erteilung kirchlichen Unterrichts oder Hilfe in der Seelsorge (Besuchsdienst) und Mitwirkung bei der Austeilung des Heiligen Abendmahls sowie dem Vollzug von Taufen, Trauungen und Beerdigungen. Die in der SELK gültige Ordnung für das Amt des Pfarrdiakons beschreibe dessen Aufgaben als aus dem in der Ordination verliehenen Amt der Kirche ausgegliedert – der Pfarrdiakon ist eng dem Amt des Pfarrers zugeordnet, er legt ein Amtsgelübde auf die Bibel und die Bekenntnisse der lutherischen Kirche ab und wird eingesegnet. – Die Tätigkeit als Pfarrdiakon ist zu unterscheiden von der eines Diakons / einer Diakonin, die hauptamtlich und mehr auf sozialem und fürsorgerischem Gebiet tätig sind.

Einen geregelten Ausbildungsgang zum Pfarrdiakon gibt es bisher nicht. Löhdes Werdegang ging über intensives Selbststudium, Leitung eines Bibelgesprächskreises während einer Gemeindevakanz, das Halten von Lektorengottesdiensten und Arbeit mit Russlanddeutschen. Bei Interesse empfiehlt Löhde, so berichtet Superintendent Michael Pietrusky, Berlin, „einfach anzufangen, also dem Ortspfarrer seinen Wunsch mitzuteilen, mehr Verantwortung in der Gemeinde zu übernehmen.“ Löhde habe auch Hinweise gegeben, wie ein allmähliches Hineinwachsen möglich sein könnte; exemplarisch habe er dafür als Arbeitsfelder benannt: Tätigkeit als Lektor, Beschäftigung mit den lutherischen Bekenntnisschriften und Dogmatiken, Vorbereitung und Durchführung von Bibelstunden, Lektorengottesdienste, Beschäftigung mit Grundlagen der Predigtlehre, Erstellung eines Predigtentwurfs. Es werde sich herausstellen, ob Eignung, Freude und der Wille zu dieser Tätigkeit vorhanden sei.

Die Tätigkeit koste Kraft und Zeit, sie müsse z.B. von der Ehepartnerin mitgetragen werden. Die Akzeptanz in der Gemeinde sei mit der Zeit gewachsen; die Zuordnung zum Pfarrkonvent sei für einige Pfarrer anfangs ungewohnt gewesen.

Der Gefahr, sich durch die Fülle der möglichen Aufgaben und durch den großen Einsatz der bislang drei Pfarrdiakone, die in der SELK tätig sind, entmutigen zu lassen, konnte Löhde durch die Ermutigung zu ersten Schritten überzeugend entgegenreten.

S-I

Varel nicht mehr Predigtplatz

Gottesdienst werden im November eingestellt

Hannover, 19.10.1999 - selk - Die Gottesdienst am Predigtort Varel des Pfarrbezirks Oldenburg der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) werden mit dem 20. November 1999 eingestellt. Dies beschlossen die dortigen Gemeindeglieder am 16. Oktober dieses Jahres. Die Kapelle der ehemaligen St. Petri-Gemeinde, die 1994 ihre Gemeindeglieder abgegeben hat, wodurch Varel zum Predigtort der St. Trinitatis-Gemeinde Oldenburg wurde, soll verkauft werden. Sie war seit 1974 Sammelplatz der Gemeinde, als sie die nach dem Krieg erbaute eigene Kirche ersetzte.

In Varel war 1946 nach dem zweiten Weltkrieg durch lutherische Flüchtlinge, vor allem aus Polen, eine große blühende Gemeinde entstanden. „Nicht zuletzt durch die brüderliche Hilfe aus den USA –

die Care-Pakete – wuchs die Gemeinde stark an“, heißt es im Gemeindebrief des Pfarrbezirks Oldenburg: „Es wurde eine große Kirche gebaut, ein Chor gegründet, der Frauenkreis florierte.“ Aber auch negative Entwicklungen blieben der Gemeinde nicht erspart: „Leider stand bei vielen das materielle Interesse im Vordergrund, andere wurden durch das Festhalten an den alten Traditionen der kirchlichen Frömmigkeit abgestoßen, viele fanden anderwärts Broterwerb, manchen wieder ‚menschelte‘ es zu sehr.“ Folge davon sei ein zahlenmäßiger Rückgang gewesen, der sich in den ersten Jahren dramatisch gestaltet habe, aber auch danach stetig zu registrieren gewesen sei. In den letzten 15 Jahren habe sich zudem die Überalterung der Gemeinde und der damit einhergehende Aderlass durch Alter und Tod bemerkbar gemacht. Zuletzt gehörten noch knapp 30 Gemeindeglieder zum Predigtort Varel. Sie hat der dortige Gemeindepfarrer, Volker Fuhrmann, gebeten, „in Zukunft die Gottesdienste in Oldenburg zu besuchen“; Mitfahrgelegenheiten würden ausdrücklich angeboten und durch die Gemeinde organisiert.

S-I

AUS DEM WELTLUTHERTUM

Die Gemeinsame Erklärung geht die ganze lutherische Gemeinschaft an Intensive, manchmal schmerzliche Debatten

Bochum, 25.10.1999 - selk - Die vom Lutherischen Weltbund (LWB) und der römisch-katholischen Kirche vereinbarte Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre betreffe die gesamte lutherische Gemeinschaft, erklärte der LWB-Generalsekretär Dr. Ishmael Noko nach dem Bericht von Iwi vor der zweiten Kirchenleiterkonferenz der europäischen Mitgliedskirchen des LWB in Meißen. „Ich glaube, dass wir in der Rezeptionszeit der Gemeinsamen Erklärung viel gelernt haben. Die Debatten waren intensiv und manchmal sehr schmerzlich. Es ist unabweisbar, dass wir uns während dieses Prozesses gegenseitig verletzt haben. Die Diskussion war und ist immer noch intensiv im Land der Reformation, d.h. in Martin Luthers Heimatland. Doch dieses Projekt liegt den LWB-Mitgliedskirchen weltweit am Herzen“, meinte der Theologe aus Simbabwe zu Vertreterinnen und Vertretern von über 40 lutherischen Kirchen auf dem Kontinent. Die Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre findet am 31. Oktober in Augsburg (Deutschland) statt.

Die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigung führe nicht zur Interkommunion. Damit unterscheidet sie sich von regionalen Vereinbarungen wie der Leuenberger Konkordie aus dem Jahre 1973, der 1996 zwischen den britischen und irischen anglikanischen Kirchen einerseits und den nordischen und baltischen lutherischen Kirchen andererseits abgeschlossenen Gemeinsamen Erklärung von Porvoo, der 1998 in den Vereinigten Staaten von Amerika angenommenen lutherisch-reformierten Vereinbarung und der Erklärung "Aufgerufen zu gemeinsamer Mission", die Lutheraner und die Bischöfliche Kirche in den USA abgeschlossen haben und die noch der endgültigen Annahme durch die Bischöfliche Kirche bedarf.

Dennoch sei sie ein bedeutender ökumenischer Schritt, der eine neue ökumenische Atmosphäre schaffe, in der offene Fragen und noch verbleibende Lehrunterschiede in einem Klima des Vertrauens erörtert würden, meinte der LWB-Generalsekretär in seiner Zusammenfassung des Prozesses, der zur Formulierung der Gemeinsamen Erklärung und schließlich zur Gemeinsamen Offiziellen Feststellung geführt habe.

bo

Kein „Jahrhundertereignis“

Konfessionskundliches Institut äußert sich kritisch zur „Gemeinsamen Erklärung“

Bochum, 25.10.1999 - selk - Während der Lutherische Weltbund von einem „Meilenstein in der Geschichte der ökumenischen Bewegung“ spricht, warnt das Konfessionskundliche Institut des Evangelischen Bundes, Bensheim, davor, die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ überzubewerten. Im Blick auf die römisch-katholische Kirche kritisierte Institutsdirektor Dr. Jörg Haustein die Spannung zwischen der positiv zu bewertenden Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung einerseits und dem Inhalt der päpstlichen Bulle „Incanationis mysterium“, wo der Ablass zum zentralen theologischen Thema des „Heiligen Jahres“ 2000 gemacht wird, andererseits: „Dass im Jahr einer Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre in einem römisch-katholischen Dokument Begriffe, wie Verdienst, Erlangen, Erwerben, eine Hauptrolle spielen, muss enttäuschen.“ Haustein betonte, dass die Reformation nicht mit einem Dissens in der Rechtfertigungslehre begann, sondern mit dem Angriff Luthers auf die Ablasslehre. „Ein Gespräch über die Abschaffung des Ablasses“, so Haustein, „wäre auch heute nicht möglich“.

bo

Methodistischer Weltrat sucht Kontakt zu Lutheranern und Katholiken

„Gemeinsame Erklärung“ fruchtbar machen

Bochum, 25.10.1999 - selk - Konsultationen zwischen methodistischen, lutherischen und römisch-katholischen Gelehrten hat Geoffrey Wainwright, Vorsitzender des Ökumeneausschusses des Metho-

distischen Weltrates auf der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Weltrates vom 20.-24. September in Hongkong angeregt, um die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ zwischen dem lutherischen Weltbund und römisch-katholischer Kirche auch für die Beziehungen dieser Kirchen zu den Methodisten fruchtbar zu machen. Im methodistischen Weltrat arbeiten methodistische Kirchen aus 108 Ländern zusammen.

bo

240 Theologen äußern Einwände gegen „Gemeinsame Erklärung“

Bochum, 25.10.1999 - selk - Mehr als 240 deutsche evangelische Theologen haben laut ENI eine Petition unterzeichnet, die die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre und die damit zusammenhängenden Dokumente, die am 31. Oktober in Augsburg vom Vertretern des Lutherischen Weltbundes (LWB) und der römisch-katholischen Kirche unterzeichnet werden sollen, heftig kritisiert. Die Erklärung entfalte allein die römisch-katholische Interpretation der Rechtfertigungslehre. Mit einer Unterzeichnung werde der LWB seine Zustimmung zu dieser Interpretation geben und damit die Grundlage reformatorischer Verkündigung aufgeben.

Udo Hahn, Sprecher des Deutschen Nationalkomitees (DNK) des LWB, das die 13 deutschen LWB-Kirchen vertritt, wies die Kritik zurück. Der für die Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche zuständige lutherische Bischof Hans Christian Knuth habe schon im September auf die Petition geantwortet. Außerdem habe es aus Akademikerkreisen ebensoviel Zustimmung wie Ablehnung gegeben. Die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), die am 19. Oktober in Braunschweig zu Ende ging, betonte, dass LWB und römisch-katholische Kirche auch nach der Unterzeichnung der Erklärung ihren jeweiligen Grundlagen treu bleiben wollten, dass aber die Erklärung ein Schritt zu besserem gegenseitigem Verstehen sei, das weitere gemeinsame Erklärungen ermögliche. So sei die gemeinsame Erklärung eher ein Anfang einer Entwicklung als ihr Ziel, so Hahn. Das DNK werde mit den Kritikern im Gespräch bleiben, aber er sehe nicht, dass die Unterzeichnung durch zwei weltweite Kirchen wegen dieser nur in Deutschland so heftig geäußerten Kritik noch aufgeschoben werden könnte.

bo

Generalgouverneur entschuldigt sich bei australischen Lutheranern Engagement für Ureinwohner gewürdigt

Bochum, 25.10.1999 - selk - Sir William Deane, Generalgouverneur des australischen Commonwealth, hat sich bei Australischen Lutheranern entschuldigt. „Die tragische und oft beschämende Diskriminierung von Australiern deutscher Abstammung während der beiden Weltkriege, die mir sehr leid tut, hat Narben in der Geschichte Ihrer Familien hinterlassen,“ sagte Deane bei der ersten lutherischen Bildungstagung Australiens vom 26.-28. September in Royal Pines.

Seine hohe Wertschätzung sprach Deane für die hervorragende Arbeit der Lutherischen Kirche von Australien und ihrer Schulen unter den australischen Ureinwohnern aus. Wie vorbildlich besonders in drei dieser Schulen mit den Benachteiligten umgegangen werde, sei für die australische Gesellschaft von hoher Bedeutung.

Die Lutherische Kirche von Australien hat 94.000 Glieder in 540 Gemeinden. Ihre 78 Schulen werden von 24.000 Schülern besucht. Ihre Geschichte reicht zurück ins Jahr 1838, als deutsche Lutheraner ihre Heimat wegen der preußischen Union verließen und nach Australien auswanderten.

bo

Luthers Schriften werden in Hongkong ins Chinesische übersetzt VELKD übergibt „Weimarana“

Bochum, 25.10.1999 - selk - Das Lutherische Kirchenamt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) hat laut VELKD-Informationen in Zusammenarbeit mit dem Missionswerk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern eine Ausgabe der Werke Martin Luthers nach China geschickt. Adressat ist das Lutherische Theologische Seminar in Hongkong. Von Bremen aus wurden auf dem Schiffsweg mehr als einhundert Bände der „Weimarana“ auf den Weg gebracht. Diese kritische Gesamtausgabe der Schriften des Reformators - die Arbeit daran wurde 1883 in Weimar begonnen - stand bis vor kurzem im Theologischen Studienseminar der VELKD in Pullach, wo sich zwei Gesamtausgaben befanden.

Die „Weimarana“ soll nach Angaben von Oberkirchenrat Hannes Gänßbauer „in der lutherischen Hochschule in Hongkong für die wissenschaftliche Arbeit und als Grundlage für die Herausgabe der Werke Luthers in chinesischer Sprache dienen“. Der lokale und ausländische theologische Stab dieser Einrichtung biete unter anderem mit zwei an deutschen Fakultäten promovierten chinesischen Theologen und einem Theologen aus Deutschland sehr gute Voraussetzungen für die Arbeit mit dieser historisch wertvollen Ausgabe der Schriften des Reformators.

bo

Millionenverlust bei LCMS-Foundation**Barry ernennt Untersuchungsausschuss**

Bochum, 25.10.1999 - selk - Nur 22 statt der zu erwartenden 40 Mio. US-\$ hat die LCMS-Foundation, eine 1958 gegründete Stiftung zur Unterstützung der Lutherischen Kirche-Missouri Synode (LCMS) und ihrer Einrichtungen, mit ihren Investitionen im vergangenen Jahr eingenommen. Die Stiftung verwaltet ein Vermögen von ca. 700 Mio. US-\$.

Um das Vertrauen in die Stiftung wieder herzustellen hat der Präses der LCMS Alvin Barry einen Ausschuss zur Untersuchung des Einnahmerückgangs eingesetzt. Der Ausschuss soll daneben neue Investitionsrichtlinien erarbeiten. Außerdem wird ein Teil des Finanzmanagements an ein Wirtschaftsunternehmen ausgelagert.

bo

VON BEKENNENDEN GEMEINSCHAFTEN**„Eheschließung kein Spaß-Event“****Lutherische Theologen gegen Trauungen außerhalb der Kirche**

Hörpel, 11.10.1999 - selk - Eheschließungen dürfen nach Auffassung des niedersächsischen Innenministers Heiner Bartling nicht zum „Spaß-Event“ verkommen. Man dürfe zum Beispiel nicht so weit gehen und die standesamtliche Zeremonie live mit einer Kamera ins Internet übertragen, wie dies in Nordrhein-Westfalen geschehen sei, kritisierte Bartling laut epd-Bericht am 24. September. bei der Jahresversammlung des Landesfachverbandes der niedersächsischen Landesbeamten in Celle. Der modische Trend zu immer originelleren Formen der Eheschließung sei nicht zu übersehen und wohl auch nicht aufzuhalten, sagte Bartling weiter. Doch müsse die vom Gesetz geforderte würdige Form der Eheschließung gewahrt werden.

Eine inhaltlich ähnlich bestimmte Diskussion hatte zuvor im kirchlichen Bereich stattgefunden. Nach Darstellung der Evangelischen Presseagentur vertritt der Geistliche Vizepräsident im Landeskirchenamt in Hannover, Günter Linnenbrink, die Ansicht, christliche Trauungen sollten nicht außerhalb von Kirchengebäuden stattfinden. Es sei ein Mißverständnis, wenn Brautpaare immer häufiger von der Kirche wünschten, „an allen möglichen Plätzen“ getraut zu werden, schreibt Linnenbrink in einem Beitrag für die evangelische Mitarbeiterzeitschrift „Dialog“. Als Beispiel nannte der evangelisch-lutherische Theologe Trauungen auf einem Boot auf dem hannoverschen Maschsee, im Schwimmbad, beim Tauchen oder an einem lauschigen Platz im Wald. Die Trauung sei keine reine Privatsache, sondern eine Feier gemeinsam mit der christlichen Gemeinde betonte er. Dafür sei ein Kirchengebäude der sachgemäße Ort.

Auch der Göttinger evangelische Theologieprofessor Manfred Josuttis äußerte sich skeptisch gegenüber Trauungen außerhalb der Kirche. Zwar sei es verständlich, wenn Paare wünschten, dass ihre Trauung außergewöhnlich stattfinden solle, denn die Hochzeit sei eine außergewöhnliche Zeit, doch könnten die Pfarrer „sich sehr schnell als Animateure verkaufen.“ Letztlich gehe es um die Frage, ob ein Paar nur einen „sensationellen Event“ wolle oder „die Kraft jenes Segens, den man braucht, um nicht nur die Lust, sondern auch die Last des Leben gemeinsam zu tragen“.

Ein Ehepaar sprach sich dagegen für Trauungen außerhalb der Kirche aus. Peggy und Andreas Raulin aus Ronnenberg bei Hannover loben die Flexibilität der Kirche, den Segen auch „außerhalb der eigentlich dafür bestimmten Mauern zu erteilen“. Die Kirche müsse auf die Bürger zugehen. Wenn sie sich in vielen Dingen so verhalten würde, gäbe es weniger „Abtrünnige“, schreibt das Paar, das 1997 auf dem Fernmeldeturm „Telexmax“ in Hannover getraut wurde.

Auch der Dortmunder Pastor Friedrich Laker verteidigte die Trauungen außerhalb der Kirche. Der christliche Gottesdienst könne an jedem Ort im Namen Gottes gehalten werden. Er sei an keine heiligen Räume gebunden. Trauungen dieser Art seien eine Chance, Gottes Segen „alltagsnah und für Kirchendistanzierte überraschend wirklichkeitsnah“ auszusprechen, wenn das Paar mit dem Ort einen besonderen Raum seines Lebens verbinde. Laker traute im vergangenen Jahr ein Paar im Bremer Weserstadion vor dem Fußball-Spiel Bremen gegen Dortmund.

ak

Oskar Lafontaine als typischer Vertreter von „Lustorientierung“

Hörpel, 15.10.1999 - selk - Der Vorsitzende der Deutschen Evangelischen Allianz, Rektor Rolf Hille (Tübingen), hat, wie idea berichtet, eine zunehmende „Lustorientierung“ der Gesellschaft kritisiert. Immer mehr Menschen engagierten sich nur so lange, wie es ihnen Spaß mache, sagte der promovierte Theologe und idea-Vorstandsmitglied am 10. Oktober beim Pforzheimer Bekenntnistag. Als typischen Vertreter dieser Lebenshaltung bezeichnete er den früheren SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine (Saarbrücken), der Partei und Bundesregierung verlassen habe, als beides ihn nicht mehr befriedigte. Hille sagte vor rund 600 Besuchern auch, der Glaube sei wie ein Fels in der Brandung, der „im Meer der Beliebigkeit Orientierung und Lebenssinn vermittelt“.

ak

Schule und Universität sind Missionsfelder von höchster Priorität 50 Jahre Studentenmission in Deutschland

Hörpel, 11.10.1999 - selk - „Schule, Universität und akademische Berufswelt sind Missionsfelder von höchster Priorität.“ Das erklärte idea zufolge der bisherige Generalsekretär der Studentenmission in Deutschland, Jürgen Spieß (Marburg), bei der SMD-Herbstkonferenz mit rund 1.200 Besuchern am 10. Oktober in Marburg. Dieser Herausforderung wolle sich die SMD, die ihr 50jähriges Bestehen feierte, auch in Zukunft stellen. Spieß wurde nach 15 Jahren aus dem Amt als Generalsekretär verabschiedet. Der promovierte Althistoriker wird künftig das neue, der SMD angegliederte „Institut für Glaube und Wissenschaft“ leiten. Zur SMD gehören Studentengruppen an 80 Hochschulen. Außerdem hat sie Kontakt zu rund 500 Schülerbibelkreisen an Gymnasien und unterstützt Christen in akademischen Berufen durch Tagungen und Veröffentlichungen.

Der Theologieprofessor Michael Herbst (Greifswald) plädierte auf der Konferenz dafür, dass sich kompetente Christen verstärkt auf den Dialog mit den Wissenschaften einlassen. In der Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen der Wissenschaft herrsche eine „erschreckende Orientierungslosigkeit“. Die in der SMD engagierten Studenten und Akademiker sollten das Gespräch mit Kommilitonen und Kollegen mit einer „Einladung zum Glauben an Jesus Christus“ verbinden. Dabei müssten sie mit einer „massiven Immunisierung gegen alles Christliche“ rechnen. „In unserer Kultur meint man, das Christentum bereits zu kennen; die meisten Menschen haben aber nur ein Zerrbild davon empfangen“, sagte Herbst. Außerdem habe sich der Umgang mit Wahrheitsfragen geändert: „Der Granit des Widerstandes ist inzwischen ersetzt durch das Schaumgummi der Gleichgültigkeit.“

Ein Gründungsmitglied der SMD, der Mathematiker Prof. Bodo Volkmann (Stuttgart), hob gegenüber idea die Bedeutung der evangelistisch tätigen Studentengruppen in der Nachkriegszeit hervor. Bis 1948 seien spontan und unabhängig voneinander an mehreren Universitäten missionarische Zellen entstanden, die sich der materiellen und geistlichen Not der Studenten annahmen, die meist als Kriegsteilnehmer oder Kriegsgefangene zurückkehrten. 1949 war es dann in Kloppenheim/Wiesbaden zum Zusammenschluss dieser Gruppen unter dem Namen SMD gekommen. Zum 50jährigen Bestehen ist eine Festschrift erschienen.

Die Organisation, die sich fast ausschließlich durch Spenden finanziert, ist nach Angaben der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Berlin (EZW) international verbunden mit der „International Fellowship of Evangelical Students“ (IFES). Zusammenarbeit bestehe mit anderen Studentengruppen, soweit diese den gleichen missionarischen Auftrag durchführen wollen (Campus für Christus, Navigatoren, Deutscher Christlicher Technikerbund).

ak

Endgültig: 1.200 Mark Strafe wegen Beleidigung eines Abtreibungsarztes Verfassungsgericht wies Beschwerde ab

Hörpel, 15.10.1999 - selk - Der Lebensrechtler und promovierte evangelische Theologe Johannes Lerle (Erlangen) muß 1.200 Mark als Strafe für die Beleidigung eines Abtreibungsarztes zahlen. Dies meldet die Nachrichtenagentur idea. Als letzte Instanz entschied das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, eine Verfassungsbeschwerde Lerles gegen die Strafurteile bayerischer Gerichte nicht zur Entscheidung anzunehmen. Die Gerichte waren der Ansicht, dass Lerle den Gynäkologen Andreas Freudemann (Nürnberg), der im Nürnberger Klinikum gewerbsmäßig Abtreibungen vornimmt, auf Flugblättern „in seinem sozialen Achtungsanspruch herabgewürdigt und in seiner Ehre gekränkt“ habe. Lerle hatte ihn einen „Berufskiller“ und „Folterknecht“ genannt und in einer Flugblattaktion, die bereits zwei Jahre zurückliegt, angeprangert, dass „Dr. Freudemann foltert - schlimmer als im KZ“. Laut Verfassungsgericht gibt auch der Kampf „gegen ein vermeintliches Unrecht“ Lerle nicht das Recht, anderen Unrecht zuzufügen. Zuvor hatte der 5. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts dem Abtreibungsgegner eine Mißachtung bestehender Gesetze vorgeworfen, auch wenn diese „das ungeborene Leben tatsächlich weniger schützen als das geborene“. Gegenüber idea erklärte der 47jährige Theologe, er werde den durch die Prozesskosten auf 1.547 Mark gestiegenen Betrag nicht an die Staatskasse überweisen. Da er seinen Lebensunterhalt durch Gelegenheitsjobs bestreite, könne man bei ihm auch nichts pfänden. Ersatzweise muss Lerle 60 Tage ins Gefängnis.

ak

Familienorganisationen fordern Erziehungsgehalt

Hörpel, 12.10.1999 - selk - Der Ruf nach einem „Erziehungsgehalt“ für Eltern wird lauter. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen in Bayern fordert, wie idea meldet, jetzt in einem Papier, Familien auf diese Weise materiell besser abzusichern. „Die Zeit, die Eltern ihren Kindern widmen, geht für die Erwerbstätigkeit verloren. Hierin liegt der Hauptgrund für die Armut vieler Kinder und Familien“, heißt es in dem Beschluß, den die bayerische Landesgruppe des Deutschen Familienverbandes, der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen und des Familienbundes der Deutschen Katholiken gemeinsam formuliert haben. Nach Ansicht der Verbände muss in der Gesellschaft der volkswirtschaftliche Nutzen gesehen werden, den Eltern durch Erziehungsarbeit erbringen.

Väter und Mütter leisteten einen „unverzichtbaren Beitrag zur Zukunftssicherung“. Durch ein Erziehungsgehalt könnten mehr Menschen ihren Kinderwunsch verwirklichen, weil sie finanziell entlastet würden.

Die Unterzeichner warnen aber auch davor, dass insbesondere Frauen durch ein Erziehungsgehalt aus dem Erwerbsleben herausgedrängt werden. „Entschieden wird allen Versuchen entgegengetreten, mit der Einführung eines Erziehungsgehaltes andere familienunterstützende Maßnahmen, insbesondere Tageseinrichtungen für Kinder, zu reduzieren.“ Die finanzielle Zuwendung dürfe nicht an einen Verzicht auf Erwerbsarbeit gekoppelt sein. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen in Bayern fordert des weiteren, Erziehungszeiten im Rentenrecht angemessen zu berücksichtigen. Für ein Erziehungsgehalt haben sich in den vergangenen Jahren die Deutsche Evangelische Allianz, der Verfassungsrichter Paul Kirchhof (Karlsruhe) sowie Vertreter der CDU in Sachsen ausgesprochen. Auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Sominis (SPD) nannte das Erziehungsgehalt einen „ersten, guten Schritt zur Verbesserung der familiären Situation“. Eine gerechtere Behandlung von Erziehenden fordert auch der Arbeitskreis „Christen und Ökologie“ in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp). Arbeitskreissprecher Martin F. Dreß, Hannover, sieht darin ein „effektives Mittel zur Verhinderung von Abtreibungen“, heißt es in einer am 22. September in Berlin veröffentlichten Pressemitteilung.

ak

Drastischer Rückgang bei Deutschlands Diakonie-Mutterhäusern

7.200 Diakonissen: 25 Prozent unter 65

Hörpel, 15.10.1999 - selk - Die Zahl der Diakonissen nimmt drastisch ab. Das berichtet die Nachrichtenagentur idea. Die 100 deutschen Mutterhäuser haben 7.200 Mitglieder, von denen aber nur noch jede vierte als Krankenschwester, Erzieherin, Gemeindegewerter oder Seelsorgerin tätig ist. 5407 befinden sich im Ruhestand. In den meisten Häusern liegen die letzten Eintritte zehn bis zwanzig Jahre zurück. Neue Aufnahmen, beispielsweise im Diakonissen-Mutterhaus Aidlingen, im Evangelisch-Lutherischen Diakonissenwerk Neuendettelsau oder in der Evangelischen Diakonissenanstalt Karlsruhe-Rüppurr, gehören heute zu den Hoffnungszeichen der Mutterhausdiakonie. Ihre Blütezeit erlebten die meist in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts gegründeten Häuser zwischen den Weltkriegen. Damals gab es insgesamt mehr als 40.000 Schwestern in der für ihr Mutterhaus typischen Tracht.

Vorbild ist das 1836 von dem rheinischen Pfarrer Theodor Fliedner (1800–1864) gegründete Mutterhaus in Düsseldorf-Kaiserswerth, das ledige Christinnen zu einer Glaubens-, Lebens- und Dienstgemeinschaft zusammenführte. Die Verpflichtung zur Ehelosigkeit, Gütergemeinschaft und Gehorsam gegenüber der Mutterhausleitung bildet noch immer die Grundlage für das Diakonissenleben. Attraktivität gewannen die Mutterhäuser auch dadurch, dass Fliedner zugleich die erste Krankenpflegeschule und das erste Kleinkinderlehrerinnen-Seminar Deutschlands einrichtete. Durch den Beruf als Krankenschwester oder Kindergärtnerin erwarben sich die unverheirateten Frauen kirchliche und gesellschaftliche Anerkennung.

Nach Ansicht des Direktors des Kaiserswerther Verbands, Pfarrer Reinhold Lanz, Kassel, würde ein Ende der Mutterhausdiakonie einen herben Verlust für die Kirche bedeuten. Diakonissen machten anschaulich, dass biblische Werte wie Nächstenliebe, Hingabe, Dienst und Dienstgemeinschaft zu einem erfüllten Leben führen könnten. In Zeiten zunehmender Unverbindlichkeit, wechselnder Partnerbeziehungen und religiöser Beliebigkeit brauche es Menschen, die mit letzter Konsequenz zeigten, das Menschen „ohne Wenn und Aber“ Christus nachfolgen können. Deshalb müsse die Kirche alles tun, um die „einzigartige Verbindung von Leibsorge und Seelsorge, beruflicher Fachkompetenz und diakonisch-theologischer Bildung, Dienstgemeinschaft und Lebensgemeinschaft“ auch in Zukunft zu ermöglichen.

ak

„Milleniumsblasen“: Posaunenchoräle begrüßen das neue Jahrtausend In ganz Deutschland „Milleniumsfanfare“

Bremen, 14.10.1999 - idea - Evangelische Posaunenchoräle wollen das neue Jahrtausend klangvoll begrüßen. Viele der insgesamt 7.000 deutschen Posaunenchoräle werden am 31. Dezember um 17.30 Uhr eine kurze musikalische Dankfeier anhalten. Von Aachen bis Zittau, von Westerland auf Sylt bis Oberammergau sollen dann aus tausenden Trompeten und Posaunen eine eigens für diesen Anlaß komponierte „Milleniumsfanfare“ und Dankchoräle erklingen. Das teilte der Evangelische Posaundienst in Deutschland (Bremen) mit. Er ist die Dachorganisation der 31 regionalen und bundesweiten Posaunenverbände. Nach seinen Angaben sind Posaunenchoräle einer der stärksten Laienbewegungen in der evangelischen Kirche. Zu ihnen gehören insgesamt 115.000 Bläser in den evangelischen Landes- und Freikirchen, den freien evangelischen Bläserbünden und im CVJM.

(ak)

GLOSSE: „Biblische Reisen“

Der Weg ist weit. Heinz-Joachim Fischer, hochdekoriertes Journalist in Diensten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und in dieser Funktion auch Vatikan-Korrespondent, hatte sich im Juli 1997 in seinem Kommentar 'Mut zur Moral' bei einer Weggabelung vertan. Ein freundlicher Reisegefährte macht „den sonst bibelfesten Autor“ sogleich auf den Irrtum aufmerksam: Mit der Aufforderung, „hinzugehen und desgleichen zu tun“, schickt der Herr nicht den „reichen Jüngling“ auf den Weg, sondern sie gilt dem Hörer des Gleichnisses vom Barmherzigen Samariter. Einmal als ein in der biblischen Geographie doch gar nicht so Bewandertes entlarvt, kommt ein weiterer Leser und will den Lizentiaten der Theologie und Dr. phil vollends als Ortsunkundigen erweisen. Hatte der in Rom lebende Fischer zu vermuten gewagt, die heutige europäische Sittlichkeit beinhalte für viele nicht mehr als den Knittelvers: „Was du nicht willst, dass man dir tu', das füg auch keinem andern zu“, so ist das für den in Golling, Österreich, beheimateten Dr. Josef Engemann ein unbedingtes Gebot, sich des armen Mannes zu erbarmen. Und er lädt diesen östlich der Oder geborenen und nun in Italien gestrandeten Religionsphilosophen großzügigst zu einer Reise in die Welt der Bibel und des Königsberger Philosophen Immanuel Kant ein. Gehen wir zusammen in ein Buch-Antiquariat, finden dort vielleicht ein Neues Testament, schlagen die Bergpredigt auf und können „feststellen, dass der 'Knittelvers' die als Verbot gefasste Umkehrung eines Satzes aus der Bergpredigt Jesu ist: »Alles, was ihr also von anderen erwartet, das tut auch ihnen!«“. Und der kategorische Imperativ des Herrn Kant sagt's noch mal von hoher Warte aus.

Die Reise hätte als Irrfahrt gelten müssen, wäre nicht noch Dr. Jürgen Lehmann gekommen, seines Zeichens Kirchenrat der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), und hätte sich als Reisebegleiter angeboten, der zunächst einmal Aufklärung bringt – trotz der Anwesenheit des ehrwürdigen Herrn Kant aus Königsberg – und in die Welt der ganzen Bibel einführt: „Umgekehrt ist es richtig: Im Alten Testament im apokryphen Buch Tobias, kann man im 4. Kapitel, Vers 16 nachlesen: »Was du nicht willst, dass man dir tue, das tue einem andern auch nicht.« Dieses alttestamentliche Verbot hat Jesus in seiner Bergpredigt in das Handlungsgebot umgekehrt: »Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Leute tun, das tut ihnen auch.«“

Damit wäre die Reise endlich an ihr Ziel gelangt. Gäbe es nicht noch die (kommerzielle) Gesellschaft von 'Biblische Reisen', welche stets die 'Gemeinde unterwegs' hält. Dieses in Stuttgart ansässige Reiseunternehmen hat seit einiger Zeit einen neuen Theologischen Leiter. Und es muss wohl er sein, der uns in der Augustausgabe der 'Informationen für Gruppenverantwortliche' weiterführen will, heraus aus der biblischen Enge und Ausschließlichkeit dahin, „dass es ein gemeinsames Ziel der Religionen ist, in einer Welt zu leben, in der die 'goldene Regel' gilt: Was ihr nicht wollt, dass euch die Menschen tun, das tut auch ihr ihnen nicht.“

Wie weit sind wir jetzt gekommen? Ähnliches hatten wir aus Rom doch auch schon gehört. Nur, dass sich nun der Horizont geweitet hat. Bleibt am Ende an 'Mut zur Moral' wirklich nur so viel übrig, dass der größte gemeinsame Nenner aller Menschen der Selbsterhaltungstrieb ist? Wird man als das verbindende und zugleich frömmste Lebensprinzip der Menschen die Abwehrhaltung bezeichnen müssen? Wohin wird uns das führen?

Biblische Reisen müssen wir sicherlich antreten in der Welt des Alten Israel. Und werden dabei bemerken, dass die Goldene Regel als „Ausdruck natürlicher, allen Menschen gemeinsamer Moral“ (Walter Grundmann) auch in anderen Völkern und Religionen um Israel herum bekannt war. Wenn sie aber mehr sein sollen als Reisen in die Welt der Antike, müssen wir uns wohl Jesus Christus als Reiseleiter und -weg und -gefährte anvertrauen, dessen Goldene Regel in seiner Person mehr erschließt, als nur, wie verhindert werden kann, dass bestehende Gemeinschaft zerstört wird, sondern die Befähigung dazu umschließt, Gemeinschaft zu stiften aus der eigenen Güte heraus.

Verfasser der Glosse ist Pfarrer Alberto Kaas, Brandenburger Str. 1, 29646 Bispingen-Hörpel

KOMMENTAR: Radikaler Kurswechsel!?

In einem „Leitantrag“ für den kleinen CDU-Parteitag am 13. Dezember ist eine Veränderung in den bisherigen Auffassungen dieser Partei über Familienpolitik wahrzunehmen. Man möchte „die veränderten Lebenswirklichkeiten und Bedürfnisse der Menschen unvoreingenommen wahrnehmen“. Familie erkennt man jetzt „überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen“. Die Ehe sei die „beste Grundlage“, auf der Vater und Mutter „partnerschaftlich füreinander und für ihre Kinder Verantwortung übernehmen“. Dazu heißt es: „Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf zu verwirklichen suchen. Dies gilt für nichteheliche Partnerschaften zwischen Frauen und Männern, dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wir anerkennen, daß auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden ... Eine rechtliche Gleichstellung mit der Ehe lehnen wir ab“ (DIE WELT vom 13.10.99, S.2).

In diesem Papier ist der Versuch zu sehen, der traditionellen Ehe eine vorrangige Stellung zu erhalten; dafür ist man bereit, anders gearteten Partnerschaften wesentlich toleranter zu begegnen, als das bisher offiziell der Fall war. Weshalb ist es so? Politische Parteien können nicht nur ihre Grundüberzeugungen verteidigen, sondern sind darauf bedacht, ihre Programme so zu formulieren, dass sie die Aussicht haben, auch in Zukunft von einem großen Teil der Bevölkerung gewählt zu werden. Es ist dabei nicht das erste Mal, dass die CDU sich von den Grundlagen der christlichen Ethik trennt, die sie nach ihrem Parteinamen doch bejahen will.

So fragt sich erneut, warum man das „C“ nicht streicht. Denn es gibt ja etwas vor, was längst nicht mehr stimmt. Dazu muss man sehen, dass der Anteil der Christen an unserer Gesamtbevölkerung rapide abgenommen hat, zumal nach der Wiedervereinigung mit den Ländern der ehemaligen „DDR“. Das lässt fragen, ob in dem „C“ noch eine Zugkraft liegen soll, die die Partei für eine Mehrheit interessant macht. Der Ausgang der letzten Länderwahlen spiegelt jedenfalls eher die tiefe Enttäuschung über den Kurs der derzeitigen sozialistischen Regierung wider als eine Zustimmung zum Programm – welches? – der CDU.

Abgesehen davon findet ganz allgemein ein radikaler Kurswechsel statt, was besonders das Verständnis von Ethik betrifft. Man hat sich von den christlichen Grundsätzen ganz allgemein gelöst; die zweite Tafel der göttlichen Gebote wird als Autorität nicht mehr anerkannt. Vielmehr versucht man, eigene moralische Verhaltensweisen zu propagieren. Man will weg von einer Ethik, „die sich auf das Gesetz oder das Gebot Gottes, auf den Zuspruch und Anspruch Gottes beruft“, hin zu einer argumentierenden Ethik, „die auf vernünftige Einsicht und darum auf die freie Überzeugungs- und Gewissensbildung zielt“ (Traugott Hahn in der Stellungnahme der EKD zu Ehe und Familie). Nicht einmal die Weltreligionen gründen ihre ethischen Grundsätze auf die persönliche Meinung ihrer einzelnen Angehörigen; von Christentum kann schon gar nicht mehr die Rede sein.

Zu welchen Folgen das führt, wird besonders an einer Diskussion deutlich, die heutzutage über die Genforschung und –technik geführt wird. Es geht nicht zuerst um Tomaten und Kartoffeln, sondern um die Planung und Produktion des „neuen Menschen“. Während die Philosophen noch darüber diskutieren, wie die „Verkehrsregeln“ aussehen sollten, die den Umgang mit den Ergebnissen in Biologie und Medizin usw. ethisch bestimmen könnten, wird in den Labors unabhängig davon weiter geforscht und experimentiert. Weithin hat man dabei keine Ahnung, was am Ende dieser Versuche herauskommt. Noch einmal: Es geht hier nicht nur um das Auswahlprinzip im Bereich der Abtreibung – verkrüppelte und andere anormale Embryos werden beseitigt – und auch nicht um das „Retortenbaby“ à la Louisa Brown, sondern um eine Züchtung, wie es seit Jahrtausenden im Bereich von Haustieren praktiziert wird.

Mit einer derartigen Entwicklung sind die Maßstäbe christlicher Ethik, aber auch des Humanismus abgetan. Setzt sich diese Entwicklung fort, dann wird der Mensch nicht nur „gottgleich“ über Leben und Tod bestimmen, sondern Artgenossen nach seinen jeweiligen Vorstellung herstellen. Es ist die Frage, ob es dann überhaupt noch Tabus gibt. Einen radikaleren Kurswechsel kann man sich kaum vorstellen als den, der in unserer Zeit stattfindet. Ja, es ist zu befürchten, dass hier sozusagen die „Büchse der Pandora“ geöffnet wird: ein Gefäß, aus dem nur Böses und Unheil hervorquillt.

Wie stellen wir uns dem: Sollen wir wie politische Parteien in der Hoffnung, Schlimmeres zu verhüten, in uns unwesentlich erscheinenden Momenten nachgeben? Es zeigt sich, dass die ethischen Auflösungserscheinungen des „nachchristlichen Zeitalters“ immer mehr zu dem führen, was in der Antike gang und gäbe war (vgl. etwa die Lasterkataloge des Apostels Paulus); der Mensch bewegt sich in seiner Entwicklung damit nicht vorwärts, sondern rückwärts.

Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass eine Bevölkerung, die Moral und Ethik derart zersetzt, sich selbst dem Untergang geweiht hat. Für uns ist wichtiger zu erfahren, wie die erste Christenheit angesichts solcher Zustände sich verhielt. Da wird deutlich: Zuerst und vor allem anderen begegnete man der Umwelt mit der liebevollen aber kompromisslosen Bezeugung des Evangeliums, was den Hinweis auf die Unverbrüchlichkeit des göttlichen Willens nicht verschwieg. Die ersten Generationen der Christenheit hatten nicht die Absicht, die Welt zu verbessern oder auch nur zu erhalten, sondern ihre Mitmenschen zum Glauben an Christus und damit zum ewigen Leben in Gottes Herrlichkeit zu führen. Für ihren Glauben waren sie bereit, geschnitten, verfolgt und getötet zu werden; die Korrektur völkischer Moral lag nicht in ihrem Gesichtskreis (vgl. 1. Korintherbrief 5, 9-13). Deshalb stellte sich für sie nicht die Frage, ob man sich wenigstens in geringfügigen Dingen ethisch anpassen sollte: Sie lebten ihrem Erlöser Jesus Christus und schauten von daher auf ihre Umgebung. Damit verbot sich von selbst ein Nachgeben auf Kosten der Treue zu ihrem ewigen Herrn.

Jahrhunderte liegen hinter uns, in denen die christliche Ethik wenigstens respektiert, wenn auch keineswegs immer befolgt wurde. Diese Zeit scheint vorbei zu sein. Nun gilt es viel intensiver als bisher, unseren Glauben im Alltag zu bewähren. Das könnte für viele ein neues Verhältnis zu den Gnadenmitteln bedeuten, durch die allein der Heilige Geist unsere Zuversicht erhält und stärkt.

Verfasser des Kommentars ist Pfarrer i.R. Direktor i.R. Drs. Hans-Lutz Poetsch, D.D., Clüversborstel 45, 27367 Sottrum

NACHRICHTEN AUS DER ÖKUMENE**Jesuitengeneral fordert verstärkte Anstrengungen in der Ökumene
Glaubwürdigkeit leidet unter Spaltungen**

München/Vatikanstadt, 12.10.1999 - KNA - Zu verstärkten Anstrengungen in der Ökumene hat der Generaloberer der Jesuiten, Peter Hans Kolvenbach, aufgerufen. „Ökumene darf sich nicht auf den Status friedlicher Koexistenz reduzieren lassen“, sagte er laut Mitteilung des Kommunikationsreferats der Jesuiten in München auf der in Rom tagenden Europäischen Bischofssynode. Der europäische Einigungsprozess müsse als Beispiel und Herausforderung wahrgenommen werden. Derzeit dränge sich allerdings nicht der Eindruck auf, als ob der Prozess der Ökumene eine hohe Priorität in der Kirche habe. „Während in Europa die Einheit geplant und vorangetrieben wird, ist nicht ersichtlich, wohin sich die Ökumene entwickelt und wie sie in Zukunft aussehen könnte“, so Kolvenbach.

Bei der Frage nach der Zukunft der Ökumene gehe es nicht zuletzt auch um die Glaubwürdigkeit der Kirche selbst. Gerade angesichts der Tatsache, dass die Trennlinien heute nicht länger zwischen den Konfessionen, sondern zwischen Christen und Nichtchristen, Gläubigen und Ungläubigen verliefen, habe man an der Basis „kein Verständnis mehr für die dogmatischen Gründe der Kirchenspaltung“, unterstrich Kolvenbach. Deshalb müsse es künftig darum gehen, den Dialog der Experten und Theologen durch konkrete Schritte zu ergänzen. In diesem Zusammenhang empfahl der Generaloberer der Jesuiten unter anderem verstärkte Begegnungen und Partnerschaften von Pfarreien, Offenheit und Gastfreundschaft der Kirchen, Austauschprogramme an Universitäten, geistliche Begegnungen der Menschen sowohl mit der monastischen Tradition wie auch mit den neuen religiösen Gemeinschaften, gemeinsames Beten und gemeinsames Hören auf das Wort Gottes über die Konfessionsgrenzen hinaus.

(k-n)

Christliche Kirchen feiern Jahrtausendwende gemeinsam

München, 12.10.1999 - KNA - Die christlichen Kirchen in Bayern wollen die Jahrtausendwende gemeinsam feiern. Zum Festprogramm gehört die Aktion „Friedenslicht aus Bethlehem“. Dabei wird zum diesjährigen Weihnachtsfest ein in der Geburtskirche Jesu im Heiligen Land entzündetes Licht in die katholischen Pfarreien und evangelischen Kirchengemeinden ganz Bayerns gebracht. Die Gottesdienstbesucher können das Licht auch mit nach Hause nehmen. Ein weiterer Höhepunkt ist ein ökumenischer Gottesdienst am Silvestertag auf dem Münchner Marienplatz. Der neue evangelisch-lutherische Landesbischof Johannes Friedrich und Kardinal Friedrich Wetter werden dabei die Menschen in der Landeshauptstadt und im Freistaat Bayern gemeinsam segnen.

(k-n)

Möhler-Institut begrüßt Ratifizierung der GE

Paderborn, 12.10.1999 - KNA - Als einen wesentlichen Fortschritt auf dem Weg zur Überwindung der Spaltung der Christenheit hat das Johann-Adam-Möhler-Institut für Ökumenik die geplante feierliche Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ (GE) am 31. Oktober in Augsburg begrüßt. „Die in der ‚Gemeinsamen Erklärung‘ festgehaltenen Übereinstimmungen in der Rechtfertigungslehre sind von grundlegendem Charakter und stellen das Gespräch zwischen den Kirchen auf eine neue Basis“, heißt es in einer am Dienstag in Paderborn veröffentlichten Stellungnahme des Instituts. Die GE bilde die Grundlage für den weiteren lutherisch-katholischen Dialog über Kirche, Amt und Sakramente. „Dieser Dialog muss jetzt mit neuem Schwung weitergeführt werden“, betont die Stellungnahme.

Die Arbeit an der „Gemeinsamen Erklärung“ habe zu der Einsicht geführt, dass zur gemeinsamen Lösung von schwierigen kontroverstheologischen Fragen ein neuer Stil des Umgangs miteinander erforderlich sei. „Wir sprechen heute von einer ‚Hermeneutik des Vertrauens‘, die gegeben sein muss“, so das Paderborner Institut. Diese besage, dass an die Stelle von blockierendem Misstrauen nüchterne Offenheit im Dienst an der Wahrheit treten müsse. Gegenseitige Verlässlichkeit müsse aufgebaut und gepflegt werden. Nicht zuletzt besage sie, „dass jedes öffentliche Fordern und Unterdrucksetzen des Partners sich negativ auf das Miteinander“ auswirke.

Das Johann-Adam-Möhler-Institut bekräftigt, dass das Ziel der ökumenischen Bemühungen nicht eine alle Unterschiede ausschließende Einheitlichkeit sei, „sondern vielmehr eine die Christenheit bereichernde ‚versöhnte Verschiedenheit‘“. Die damit angestrebte Komplementarität werden nach neuerer ökumenischer Hermeneutik durch „differenzierte Konsense“ erreicht.

(k-n)

Papst warnt vor Missverständnissen des Ablasswesens

Vatikanstadt, 05.10.1999 - KNA - Für ein richtiges Verständnis des Ablass-Wesens auch in ökumenischer Hinsicht hat Papst Johannes Paul II. plädiert. Der Ablass sei nicht einfach ein Schuldnachlass, sondern setze den persönlichen Einsatz des Einzelnen und das sakramentale Handeln der Kirche voraus, betonte er bei seiner Generalaudienz auf dem Petersplatz in Rom.

Auf der einen Seite werde der Mensch nach einem Vergehen im Sakrament der Buße von seinen Sünden freigesprochen. Der „Genesungsprozess“ werde damit eingeleitet. Auf der anderen Seite blieben jedoch Wunden zurück, die nur langsam heilten. „Die Ablässe bezeichnen Schritte auf diesem Weg der Heilung. Sie sind eine Art Medizin je nach dem Maß, in dem sich der Mensch auf eine tiefe und ehrliche Umkehr einlässt“, führte der Papst aus. Ausgangspunkt der alten kirchlichen Praxis des Ablasses – ein gerade in den Ländern der Reformation „delikates“ Thema – sei die Barmherzigkeit Gottes. „Jesus Christus selbst ist gleichsam der große Sündennachlass, den der Vater der Menschheit gewährt hat. Dieses göttliche Geschenk wartet da-rauf, dass der Mensch es dankbar annimmt“. Aber dabei sei auch der Mensch gefragt, fügte Johannes Paul II. hinzu.

(k-n)

Weitere ökumenische Fortschritte angemahnt

Bensheim, 05.10.1999 - KNA - Weitere ökumenische Fortschritte hat der Zentralvorstand des Evangelischen Bundes angemahnt. In einer in Bensheim veröffentlichten Erklärung erwartet das Gremium von der katholischen Kirche „vor allem eine Freigabe der offenen Kommunion“, damit die Glaubwürdigkeit der „Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ gewahrt werde.

Die Erklärung plädiert für eine sachliche und konstruktive Weiterarbeit auf allen Ebenen von Kirche und Theologie im Hinblick auf die Konsequenzen der „Gemeinsamen Erklärung“. Die bisherigen ökumenischen Strukturen und Gremien reichten nicht aus, um an den verbleibenden Problemen weiterzuarbeiten, heißt es. Dringend erforderlich sei, sowohl die reformierten und unierten Kirchen als auch die anglikanische Kirche in die Gespräche einzubeziehen. Die Dialoge müssten zudem mit größerer Offenheit und Transparenz geführt werden, so der Zentralvorstand des Evangelischen Bundes.

(k-n)

Ehemaliger Landesbischof Hanselmann gestorben

München, 05.10.1999 - KNA - Johannes Hanselmann, bis 1994 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, ist am 2. Oktober nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 72 Jahren in Rotthalmünster gestorben. Der Pfarrersohn aus Ehingen im Donauries leitete die Landeskirche ab 1975 als dritter Landesbischof nach Hans Meiser und Hermann Dietzfelbinger. Zu Beginn seiner Amtszeit wurden per Kirchengesetz Frauen zur Ordination als Pfarrerrinnen zugelassen. Hanselmann war ein hoch angesehener Ökumeniker und ab 1991 Catholica-Beauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD). Von 1987 bis 1990 hatte er das Amt des Präsidenten des Lutherischen Weltbundes inne, dessen Vizepräsident er bereits seit 1977 gewesen war. 1994 trat der bayerische Landesbischof aus gesundheitlichen Gründen zurück.

Sein Nachfolger Hermann von Loewenich betonte, mit Hanselmann verliere die Landeskirche eine Persönlichkeit, die in 20jähriger Amtszeit die sichtbare Gestalt der Kirche entscheidend mitgeprägt habe. Der Passauer Bischof Franz-Xaver Eder würdigte den Altlandesbischof als „großen Zeugen der christlichen Botschaft“ und ökumenischen Brückenbauer. Hanselmans „konfessionsübergreifendes Engagement“ sei ein „Dienst an der Überwindung der Spaltung unserer Kirchen“ gewesen.

Der lutherische Altbischof hatte seinen Lebensabend in Bad Griesbach verbracht. Dort war in seiner Amtszeit die erste Kirche gemeinsam von Katholiken und Lutheranern gebaut und als Ökumenisches Zentrum gestaltet worden. 1997 erhielt Hanselmann zusammen mit dem Würzburger Bischof Paul-Werner Scheele den „Ökumenischen Preis“ der Katholischen Akademie in Bayern.

(k-n)

Hochschullehrer gegen Rechtfertigungspapier

Auch SELK-Professoren unterschrieben

Hannover, 26.10.1999 - selk - Mehr als 243 evangelische Hochschullehrer haben nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) die zweite Stellungnahme gegen die Unterzeichnung der Gemeinsamen Offiziellen Feststellung zur Rechtfertigungslehre unterschrieben. Mit der Gemeinsamen Offiziellen Feststellung soll die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre zwischen Lutherischem Weltbund und Vatikan bestätigt werden. In ihrer Stellungnahme kritisieren die Hochschullehrer Inhalt und Verfahren der Gemeinsamen Offiziellen Feststellung. Da die Feststellung in ihren inhaltlichen Aussagen die lutherische Rechtfertigungslehre von Grund auf in Frage stelle, auf einer ökumenischen Zielvorstellung gründe, die mit reformatorischen Kriterien nicht in Einklang zu bringen sei, nicht die Zustimmung der für Lehrfragen verantwortlichen Instanzen gefunden habe und keine praktischen Folgen für das ökumenische Miteinander erbringe, sähen sich die Hochschullehrer veranlasst, ihre Bedenken zum Ausdruck zu bringen und vor der Unterzeichnung am 31. Oktober zu warnen.

Damit brächten die Unterzeichner nicht etwa ihre antiökumenische Gesinnung zum Ausdruck, sagt einer der Initiatoren der Unterschriftenaktion, der Heidelberger Systematiker Härle, sondern ihre Verantwortung für eine theologisch solide begründete Ökumene. Ökumenische Fortschritte ließen sich nicht im Stil von Tarifverhandlungen erzielen.

Zu den 23 Erstunterzeichnern des neue Votums der akademischen Theologie gehören der Züricher Systematiker Ebeling, der Heidelberger Kirchenhistoriker Seebaß, der Münsteraner Systematiker

Beintker sowie der Erlanger Systematiker Sparr. Zu den weiteren Unterzeichnern gehören die Münsteraner Neutestamentlerin und Kirchenhistorikerin Aland, die Kirchenhistoriker Beutel, Nowak und Brennecke, der Marburger Alttestamentler Kaiser, die Tübinger Neutestamentler Hengel, Hofius und Stuhlmacher, der Züricher Neutestamentler Weder, die Praktischen Theologen Drehse, Rau und Steiger sowie die Religionspädagogen Nipkow, Schweitzer und Preul. Hinzu kommen der Tübinger Systematiker Herms, die Münchener Systematiker Timm und Graf, der Heidelberger Systematiker Welker, die Kirchenrechtler Kästner, Link, Müller-Vorbehr und Reingrabner. Auch Hochschullehrer der Lutherischen Theologischen Hochschule der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) zählen zum Kreis der Unterzeichner. Erstmals wurde die Fakultät der in Oberursel bei Frankfurt/Main beheimateten Hochschule in einen solchen breit angelegten öffentlichen Meinungsbildungsprozess eingebunden.

S-I

DIAKONIE-REPORT

Aus vollem Herzen schenken

Herbsttagung der Diakoniebeauftragten zum Thema Ehrenamt

Hofheim, 15.10.1999 - selk-dw - Pfarrerin Karin Hermann-Brandenburg, Mühlthal, von der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau referierte auf der Tagung der Bezirksbeauftragten für Diakonie der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) vom 8. bis 10. Oktober 1999 in Bad Hersfeld über das Thema „Aus vollem Herzen schenken – oder: Warum Menschen Gutes tun. – Über Motive und Hintergründe für ehrenamtliches Handeln – Ideen, Anregungen, Erfahrungsaustausch im Gespräch“. Dazu wurden zunächst mit Hilfe eines Fragebogens Erfahrungen ehrenamtlicher Tätigkeit erarbeitet.

Nicht nur in der Anstaltsdiakonie, sondern überall im gemeindlichen und übergemeindlichen Zusammenleben sind Menschen gesucht für den Dienst, um christliche Liebe sichtbar werden zu lassen. Ehrenamtlicher Dienst kommt nicht von selbst und schon gar nicht auf Grund von Erwartungsdruck. Man engagiert sich gern, wo man sich mit seinen Interessen und Begabungen einbringen und Kontakte knüpfen kann sowie Gemeinschaft erfährt.

Dabei sind der Geist einer Gemeinde und der Stil des Umgangs miteinander entscheidend, ob Menschen gehindert oder ermutigt werden, sich mit ihrer Zeit und ihren Fähigkeiten in das kirchliche Leben einzubringen. Die Hauptamtlichen sollten dabei jedoch auch bedenken, dass ehrenamtliche Mitarbeit nicht auf Jahre geschehen kann oder muss. Menschen sollten sich aus aktuellem Anlass heraus zusammenfinden, das zu tun Notwendige besprechen und, falls irgend möglich, auch gleich den zeitlichen Rahmen für den Einsatz festlegen. Schwindender Handlungsbedarf bei nicht terminierten Einsätzen demotiviert. Andererseits sind Menschen eher bereit mit anzupacken, wenn der Zeitumfang gleich zu Beginn festgelegt und begrenzt wird. Weitere Dienste werden sie zu einem späteren Zeitpunkt, sofern sie die Notwendigkeit und den Sinn einsehen, gern übernehmen.

Am Ende der Aussprache waren sich die Diakoniebeauftragten darin einig, dass die Übernahme verschiedenster Dienste Freude bringt, verborgene Talente entdecken lässt, den Horizont weitet und eine Bereicherung für diejenigen ist, die dazu bereit sind. Das Fazit lautete: MUT zum Ehrenamt!

Auf Wunsch aus der Pfarrerschaft hatten die Bezirksdiakoniebeauftragten ein „Diakonienprofil für Gemeindebeauftragte“ erarbeitet, das abschließend beraten wurde. Es soll allen Pfarrämtern zugeleitet werden. Gemäß Beschluss der letzten Sitzung legte eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Frau Anja Düvel-Wedek, Bielefeld, Bezirksbeauftragte Niedersachsen-Süd, Frau Karin Löber, Kassel, Beauftragte Hessen-Nord und zugleich Leiterin der Tagung, und Diakoniedirektor Armin Zielke, Fuldabrück, den Fragebogen „Diakonie in den Gemeinden“ vor, der verabschiedet wurde. Er war ein Tagesordnungspunkt im Gespräch des Leitungsgremiums des Diakonischen Werkes der SELK (Propst i.R. Wolfgang Kühn, Winsen, Löber, Zielke) mit der Kirchenleitung und dem Kollegium der Superintendenten auf deren Herbstsitzung 21.-23. Oktober. Die Akzeptanz ist wichtig, weil dann Diakoniebeauftragte konkreter helfen resp. Leute schulen können.

Weiten Raum nahm die Vorbereitung des 6. Lutherischen Kirchentages 2000 in Bochum ein. Seitens der Diakonie sind bisher drei Referate mit Aussprache (workshops) geplant. Die Gestaltung des Diakoniestandes wurde ausführlich mit Helmut Höller, Limburg, beraten, der die Zuständigkeit dafür übernommen hat. Ein Teil des Standes wird der Vertriebsstelle der SELK für Wohlfahrtsmarken zur Verfügung gestellt. Die zweite Hälfte des Doppelstandes gestaltet Frau Uta Thiemann, Sohland, Bezirksbeauftragte Lausitz, mit ihrem Ehemann unter dem Thema „Alte und neue Pflegehilfsmittel“.

Wie in den Jahren zuvor endete die Diakonievertreter-Tagung mit einem Hauptgottesdienst in einer zum Tagungsort nahe gelegenen Gemeinde. Zielke hielt ihn dieses Mal in der Kirche von Obersuhl gemeinsam mit der Ortsgemeinde. – Die nächste Herbsttagung wurde für den 6. bis 8. Oktober 2000 im Bistumshaus St. Ludwig in Speyer vereinbart. Zuvor treffen sich die Beauftragten im Rahmen der nächsten Vollversammlung des Diakonierates vom 30. März bis zum 1. April 2000 in Guben

Ursula Koschlitzki

Strategien der Personalentwicklung

Tagung des Kaiserswerther Verbandes

Guben, 27.10.1999 - epd - Strategien der Personalentwicklung standen im Mittelpunkt der Vorsteher-tagung des Kaiserswerther Verbandes der deutschen Diakonissen-Mutterhäuser im mittelfränkischen Neuendettelsau. Der Dachverband, dem 75 Mutterhäuser angehören, gehe nicht davon aus, dass die meist im vorigen Jahrhundert gegründeten Schwesternschaften noch einmal einen Aufschwung erleben, sagte Albert Henz (Bethel), Vorsitzender des Theologischen Ausschusses des Verbandes. Wichtig sei, dass leitende Mitarbeiter neben hoher fachlicher Kompetenz „die Fähigkeit zur Reflexion der geistlichen und spirituellen Wurzeln der Diakonie“ besäßen, so Henz. Hoffnungen setzt der Kaiserswerther Verband auf die Erweiterung des „Diakonats“.

Sü

Zeitliche Flexibilität

Neue Arbeitszeitregelung für Beschäftigte in der Diakonie

Guben, 27.10.1999 - epd - Für die mehr als 400.000 Diakonie-Beschäftigten im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist eine neue Arbeitszeitregelung beschlossen worden. – Zur neuen Regelung gehören die verbindliche Einführung von Arbeitszeitkonten für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Möglichkeit von 30 „Plusstunden“ und 30 „Minusstunden“ monatlich oder der mögliche Übertrag von 150 Plusstunden und 50 Minusstunden auf das nächste Kalenderjahr.

Sü

Diakonissenmuseum eröffnet

Guben, 27.10.1999 - epd - Unter der weiß gestärkten Diakonissenhaube musste das Haar streng in der Mitte gescheitelt, straff nach hinten gezogen und zum Knoten verdreht werden. Die strenge Ordnung der evangelischen Diakonissen, ihre vorgeschriebene Tracht und Eindrücke aus dem Alltag zeigt jetzt ein neues Museum in Flensburg, das am 24. September im Schwes-ternhaus der Evangelisch-Lutherischen Diakonissenanstalt eröffnet wurde. Anlass ist das 125-jährige Bestehen der Diakonissenanstalt, die heute ein Krankenhaus, ein Altenheim und eine Kindertagesstätte mit insgesamt 1.300 Mitarbeitern betreibt.

Sü

Selbstbestimmungsrecht wahren

Handreichungen für Ärzte zum Umgang mit Patientenverfügungen

Hannover, 01.11.1999 - selk - Auch in Situationen, in denen ein Mensch nicht mehr in der Lage ist, seinen Willen zu medizinischen Maßnahmen zu äußern, soll das Selbstbestimmungsrecht gewahrt bleiben. Dazu empfiehlt sich die vorsorgliche Abfassung einer Verfügung, die den eigenen Willen für solche Fälle bekundet. Da Ärzten inzwischen zunehmend Patientenverfügungen vorgelegt werden und sie immer häufiger um Rat gefragt werden, wie solche Verfügungen formal und inhaltlich gestaltet werden könnten, hat der Vorstand der Bundesärztekammer als Hilfe und Orientierung in diesem sensiblen Bereich „Handreichungen für Ärzte zum Umgang mit Patientenverfügungen“ verabschiedet.

Die am 29. Oktober im Deutschen Ärzteblatt veröffentlichten Handreichungen unterscheiden zwischen Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung. In einer Patientenverfügung, bisweilen auch Patiententestament genannt, äußert der Patient seinen Willen für künftige Behandlungen, also ob und in welchem Umfang für den Fall der Äußerungsunfähigkeit bei bestimmten Krankheitssituationen medizinische Maßnahmen eingesetzt werden sollen. Es kann in der Patientenverfügung auch eine Vertrauensperson benannt werden, mit der der Arzt die Behandlung besprechen soll, wozu es sinnvoll ist, den Arzt gegenüber dieser Person von der Schweigepflicht zu entbinden.

„Mit einer Vorsorgevollmacht kann der Patient für den Fall, daß er nicht mehr in der Lage ist, seinen Willen zu äußern, eine oder mehrere Personen bevollmächtigen, Entscheidungen mit bindender Wirkung für ihn, unter anderem in seinen Gesundheitsangelegenheiten zu treffen“, erklären die Handreichungen. Bei Maßnahmen, bei denen „die begründete Gefahr besteht, daß der Patient stirbt oder einen schweren ... gesundheitlichen Schaden erleidet“, bedarf die Einwilligung des Bevollmächtigten der Zustimmung des Vormundschaftsgerichtes; ob diese „auch bei der Beendigung lebenserhaltender Maßnahmen im Vorfeld der Sterbephase erforderlich ist, ist zur Zeit strittig“, während der Sterbephase reicht die Einwilligung des Bevollmächtigten aus. Aktive Sterbehilfe ist nach wie vor in keinem Fall zulässig.

Wenn ein Patient nicht mehr in der Lage ist, seine Angelegenheiten selbst zu besorgen, kann das Vormundschaftsgericht eine Betreuung für bestimmte Bereiche anordnen, sofern eine Vorsorgevollmacht hierfür nicht vorliegt oder nicht ausreicht. Für diesen Fall kann eine Betreuungsverfügung „Vorschläge zur Person eines Betreuers und Wünsche zur Wahrnehmung seiner Aufgaben“ enthalten. Gegenüber dem Betreuer bzw. einem Bevollmächtigten ist der Arzt von der Schweigepflicht entbunden.

Die schriftliche Abfassung ist bei Verfügungen sinnvoll, bei Vollmachten u.U. erforderlich. Eigenhändige Niederschrift von Patientenverfügungen oder eine besondere Form ist nicht vonnöten – sie sollen „möglichst persönlich unterschrieben und mit Datum versehen sein“; die Unterschrift kann, muss aber nicht von Zeugen bestätigt sein. „Um Zweifel an der Verbindlichkeit älterer Verfügungen zu beseitigen, empfiehlt es sich, diese in regelmäßigen Abständen zu bestätigen oder zu ergänzen“. Die Handreichungen empfehlen zudem, mit den persönlichen Papieren entweder die Patientenverfügung oder einen einfachen Hinweis, wo sie zu finden sei, bei sich zu führen. Vertrauenspersonen, Bevollmächtigte und Betreuer, die in Verfügungen bzw. Vollmachten benannt werden, sollten rechtzeitig über die getroffenen Regelungen informiert werden. In der Regel würden nahe stehende Personen benannt, es sei dabei jedoch zu bedenken, dass diese „in kritischen Situationen besonders schweren Belastungen und Konflikten ausgesetzt sein können.“

Gudrun Schätzel

MITTEILUNGEN UND TERMINE AUS DER SELK

PERSONALIA

Kirchenmusikdirektor Pfarrer Hermann Otto (62), Hannover, tritt zum 30.11.1999 in den Ruhestand.

Pfarrvikar Andreas Preiß (29), Guben, ist auf eigenen Wunsch zum 31.10.1999 aus dem kirchlichen Dienst ausgeschieden.

Folgende Vikare haben am 08.10.1999 das Zweite Theologische Examen vor der Theologischen Prüfungskommission der SELK in Oberursel bestanden: **Vikar Frank Martin Brunn (27), Spiesen-Elversberg, Vikar Hartwig Neigenfind (30), Berlin-Wilmersdorf,** und **Vikar Jürgen Schmidt (45), Kassel.**

Folgenden Vikaren wurde am 21.10.1999 durch das Kollegium der Superintendenten die Genehmigung zur Ordination erteilt: **Vikar Frank Martin Brunn (27), Spiesen-Elversberg,** und **Vikar Jürgen Schmidt (45), Kassel.**

Vikar Jürgen Schmidt (45), Kassel, wurde am 24.10.1999 in Kassel durch Superintendent Wolfgang Schillhahn, Wiesbaden, unter Assistenten der Pfarrer Peter Brückmann, Bad Emstal (Sand), und Uwe Fischer, Melsungen, ordiniert. Vikar Schmidt absolviert nach einem Beschluss der Kirchenleitung mit Wirkung vom 01.12.1999 sein Pfarrvikariat an der St. Michaelis-Gemeinde Kassel.

Vikar Hartwig Neigenfind (30), Berlin-Wilmersdorf, wurde von der Kirchenleitung mit Wirkung vom 01.11.1999 zur Fortsetzung seines Vikariats in das Missionsprojekt Berlin-Marzahn der Lutherischen Kirchenmission entsandt.

Pfarrvikar Henning Scharff (31), Hesel, wurde auf der Sitzung von Kirchenleitung und Kollegium der Superintendenten am 21.10.1999 die Qualifikation für ein Pfarramt erteilt.

Pfarrer Helmut Neddens (56), Braunschweig, wurde auf der Sitzung von Kirchenleitung und Kollegium der Superintendenten am 21.10.1999 die Qualifikation für ein Pfarramt erteilt.

Folgende Kandidatinnen und Kandidaten haben am 05./06.10.1999 das Erste Theologische Examen vor der Theologischen Prüfungskommission bei der Lutherischen Theologischen Hochschule in Oberursel bestanden: **Christoph Barnbrock (24), Andrea Grünhagen (27), Barbara Hauschild (28), Burkhard Kurz (32)** und **Christian Petersen (27).**

Die Kirchenleitung hat zum 01.11.1999 in das Lehrvikariat entsandt: **Christoph Baumann (27)** in den Pfarrbezirk Scharnebeck/Lüneburg, **Burkhard Kurz (32)** in den Pfarrbezirk Gistenbeck/Nestau/Nateln, **Achim Behrens (31)** in den Pfarrbezirk Allendorf (Lumda)/Gießen/Grünberg.

Christoph Barnbrock (24) wurde auf Beschluss der Fakultät durch den Rektor der Lutherischen Theologischen Hochschule (LThH) in Oberursel, Professor Dr. Werner Klän, mit Wirkung vom 01.11.1999 zum Hochschulassistenten an der LThH berufen.

S-I

ANSCHRIFTENÄNDERUNGEN

Barnbrock, Christoph, Hochschulassistent:

Hohemarkstr. 218, 61440 Oberursel,
Tel. (0 61 71) 91 07 80, E-Mail
cpbarnbrock@t-online.de

Baumann, Christoph, Vikar:

Am Schierbrunnen 26, 21337 Lüneburg

Czwikla, Klaus-Peter, Propst:

Mobil – neu: (01 78) 2 97 35 73

Eisel, Frank, Pfarrer:

Tel. (0 40) 25 53 16, Fax (0 40) 25 49 72 18

Hamborg, Hans-Heinrich, Pfarrer i.R.:

Tel. u. Fax (0 72 32) 7 83 33

Hauschild, Bernd, Pfarrer:

E-Mail Bernd@Hauschild.de oder
Dreieinigkeit.Osnabrueck@selk.de

Holst, Hans-Hermann, Pfarrer:

Tel. (0 83 31) 53 16, Fax: (0 83 31) 92 55 01

Jacobs, Heyko, Pfarrer:

Tel. (0 42 64) 28 20, Fax (0 42 64) 40 65 34

Kurz, Burkhard, Vikar:

Im Rundling 2, 29459 Clenze,

Tel. (0 58 44) 97 62 88

Rehr, Peter, Pfarrer:

E-Mail peter.rehr@myokay.net

Schöne, Jobst, Dr. theol., D.D., Bischof i.R.:
Fischerhüttenstraße 87, 14163 Berlin,
Tel. (0 30) 81 49 70 31, Fax (0 30) 81 49 70 32
Weber, Peter, Vikar:

Gammelsbacherweg 2, 64757 Rothenberg
(Odw.), Tel. (0 62 75) 91 22 92
Wittenberg, Jens, Vikar:
E-Mail poeahi@t-online.de

Klarstellung:

In dem Nachrichtendienst idea Nr. 131/99 vom 21. Oktober 1999 und – in gekürzter Fassung – in der Zeitschrift ideaSpektrum vom 27. Oktober 1999 berichtet Dr. Uwe Siemon-Netto über Gemeindeleben und Wachstum der St. Mariengemeinde der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) in Berlin-Zehlendorf. In diesem Artikel werden andere Gemeinden der SELK mit Attributen wie „rechts“ oder „links“ versehen und werden einem „linken Flügel“ in der SELK „Feminismus und Schwulismus“ unterstellt. Es ist festzuhalten, dass die genannten Charakterisierungen und Zuordnungen nicht vom Gemeindepfarrer der St. Mariengemeinde, Dr. Gottfried Martens, stammen. Der Bericht enthält zudem weitere Ungenauigkeiten. Im übrigen erkläre ich mich mit der Form der Darstellung der SELK nicht einverstanden.

Berlin, 28. Oktober 1999
Michael Pietrusky

Superintendent des Kirchenbezirks Berlin-Brandenburg der SELK

Forum SELK 2000: Themen schon vor Ort diskutiert?

Oldenburg/Hannover, 29.10.1999 - selk - Ende September führte das „Forum SELK 2000“ in Kassel seine letzte Sitzung vor dem Jahr 2000 durch. Dabei ging es vor allem um die Frage, wie die in die Gesamtkirche hinein gegebenen Impulspapiere vor Ort zur „Lebendigen Kirche“ anregen können. Es habe Kritik zu diesen Papieren gegeben, so ein Sprecher des Forums, Ulrich Schroeder (Oldenburg), vor allem seien sie als „zu evangelikal“ beurteilt worden; auch sei negativ angemerkt worden, sie „schwiegen sich ganz zur Sakramentsfrömmigkeit aus“. Aber das Anliegen sei eben nicht gewesen, neue umfassende Bekenntnisse zu formulieren, sondern neu dazu anzuregen, „Lebendige Kirche“ zu sein.

Das Forum richtet die Frage an die Kirchenglieder, ob die eingebrachten Impulspapiere in den Gemeinden schon vertiefend diskutiert worden seien. Der Bischof der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), Dr. Diethardt Dr. Roth, Hannover, hatte sie im Frühjahr an alle Pfarrämter verteilen lassen.

Seitens des Forums seien weitere Veröffentlichungen geplant, die zu gegebener Zeit in die Gemeinden gegeben würde. Auch im Internet sei das Angebot über www.selk.de abrufbar. Das Forum werde sich zudem auf dem 6. Lutherischen Kirchentag der SELK (1. bis 4. Juni 2000 in Bochum) mit Workshops einbringen. Die „nächste und wohl letzte Sitzung des Forums“ sei für den 3. und 4. März 2000 in Kassel geplant, so Schroeder – dazu werde „herzlich eingeladen“.

S-I

KURZ NOTIERT AUS DER SELBSTÄNDIGEN EVANGELISCH-LUTHERISCHEN KIRCHE (SELK)

- Neu im Internet vertreten sind die Pfarrbezirke **Memmingen** und **Wuppertal** der SELK. Ihre Präsentationen können über www.selk.de angesteuert werden.
- Zum Kirchenjahr 1999/2000 hat Pfarrer Andreas Schwarz (Uelzen) die Herausgeberschaft für die **Lesepredigten der SELK** übernommen. Die Predigten werden nun als Quartalshefte herausgegeben, die im Jahresabonnement 32,-- DM zzgl. Porto kosten und im Kirchenbüro der SELK (Adresse: Titelseite) bestellt werden können. Der erste Band enthält acht Predigten für die Advents-, Weihnachts- und Epiphaniiaszeit. Die Predigten sind über www.selk.de auch im Internet zu finden.
- In der Reihe der **Oberurseler Hefte** neu erschienen ist das **Heft 37**: Christian Utpatel (Hg.), Hinhorchen, Kennen und Einfühlen. 60 Jahre organisierte Jugendarbeit selbständiger evangelisch-lutherischer Kirchen (141 Seiten, zahlreiche Abbildungen, DM 8,80 – Bestellungen: Oberurseler Hefte, Altkönigstraße 150, 61440 Oberursel).
- Musik zum Ende des Kirchenjahres mit Werken für Chor, Orgel und Blockflöten musiziert der **Junge Chor im Sprengel West** der SELK unter Leitung von Kantor Thomas Nickisch am 27. November 1999 in der Trinitatiskirche der SELK in Dortmund.
- Mit einem **ökumenischen Tag in Fulda** setzt am 27. November 1999 der Rat Christlicher Kirchen in Nordhessen einen Startpunkt für den Weg ins Jahr 2000 nach Christi Geburt. Auf dem Programm steht u.a. eine Podiumsdiskussion in der Stadthalle zum Thema „Perspektiven der Christenheit in Europa“, an der Bischof Dr. Christian Zippert, Erzbischof Johannes Dyba, Metropolit Augustinos sowie aus dem Bereich der SELK Dozent Dr. Peter Lochmann, Oberursel, teilnehmen.
- In der Reihe **Lutherischen Großdruckschriftums** ist ein neuer Band mit **Adventsandachten** erschienen. Die Hefte werden auf Spendenbasis angeboten und können bezogen werden bei: Christa

Poetsch, Clüversborstel 45, 27367 Sottrum, Tel. und Fax (0 42 64) 91 03, E-Mail hans-lutz.poetsch@t-online.de

☛ Mit Wirkung vom 1. November 1999 präsentiert die **Lutherische Stunde**, das Werk der Rundfunkmission in der SELK mit Sitz in Sottrum (bei Bremen), an *allen* Werktagen „Gedanken zum Auftanken“ im Programm von **Radio Paradiso in Berlin**. Von Montag bis Freitag werden die Beiträge täglich um 18.30 Uhr gesendet. Bereits seit Anfang August dieses Jahres war die Lutherische Stunde an drei Wochentagen mit ihren „Gedanken zum Auftanken“ vertreten.

☛ Auf ihrer Sitzung am 30. Oktober 1999 befasste sich die Synodalkommission für Haushalts- und Finanzfragen schwerpunktmäßig mit Fragen der Anwendung und Umsetzung der von der 9. Kirchensynode der SELK verabschiedeten **Archivordnung**. Die Kirchenleitung und der Leiter des Kirchenarchivs der SELK in Oberursel, Professor Dr. Werner Klän, werden bei den Initiativen zur Umsetzung eng kooperieren.

S-I

Kurz notiert aus der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK)

IMPRESSUM:

SELK INFORMATIONEN (SELK.INFO). Informationsdienst der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK). Herausgeber: Kirchenleitung der SELK (Postfach 690407; 30613 Hannover). Redaktion: Pfarrer Bernd Reitmayer (Weltluthertum [bo]), Pfarrer Alberto Kaas (Bekennende Gemeinschaften [ak]), Professor Dr. Werner Klän (Ökumene [k-n]), Diakoniedirektor Pfarrer Armin Zielke (Diakonie [Z-I]), Rektor Pfarrer Stefan Süß (Diakonie [Sü]), Geschäftsführender Kirchenrat Michael Schätzel (SELK; Endredaktion [S-I]). - Kürzel unter Beiträgen weisen auf den jeweiligen Redakteur hin, in Klammern gesetzte Kürzel zeigen an, dass vorstehender Bericht ohne redaktionelle Bearbeitung übernommen wurde. - Kommentare werden vom Verfasser verantwortet. - Redaktionsschluss ist der 22. des Vormonats. - Konto der SELK: 44 444 44, Deutsche Bank Hannover, Blz: 250 700 70. - Um Überweisung der Bezugsgebühr wird einmal jährlich durch Hinweis und Beilage einer Zahlkarte gebeten.